

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-829/2/88

Betreff:

Wasserrechtsgesetz-Novelle; Neugestaltung der Strafbestimmungen; Stellungnahme

Bezug:

An das

Präsidium des Nationalrates

Auskünfte: **Dr. Gutleb**

Telefon 0 46 3/536

Durchwahl 30205

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. 67 -GE/19

Datum: 17. SEP. 1988

Verteilt 18.10.88 JC

~~1017~~ WTEN

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Amtes der Kärntner Landesregierung betreffend die Neugestaltung der Strafbestimmungen des Wasserrechtsgesetzes übermittelt.

Anlage

Klagenfurt, 1988 10 07

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

Brand Center

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG**Zl. Verf-829/2/88****Betreff: Wasserrechtsgesetz-Novelle; Neugestaltung
der Strafbestimmungen;
Stellungnahme****Bezug:****An das****Auskünfte: Dr. Gutleb****Telefon 0 46 3/536****Durchwahl 30205****Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.****Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft****Stubenring 1
1012 WIEN**

Zum do. Ersuchen vom 11. Juli 1988, Zl. 18.450/119-IB/88, betreffend die Neugestaltung der Strafbestimmungen des Wasserrechtsgesetzes, wird seitens des Amtes der Kärntner Landesregierung nachstehende Stellungnahme abgegeben:

Der Meinung des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst, daß die Strafbestimmungen des Wasserrechtsgesetzes gänzlich neu zu fassen sein werden, wird zugestimmt. Auch nach ha. Ansicht kann mit einer bloßen Anhebung der Höchststrafe auf S 200.000,— nicht das Auslangen gefunden werden. Es erscheint zielführend, die einzelnen Straftatbestände in Gruppen zusammenzufassen und eine Staffelung des Strafausmaßes nach Wertigkeit der Übertretung zu treffen, obgleich die taxative Auflistung stets mit der Gefahr behaftet ist, daß einzelne Tatbestände nicht erfaßt werden. Exakt erkennbar sollte sein, ob es sich bei den jeweiligen Delikten um Dauerdelikte der fortgesetzte Delikte handelt. Diese Abgrenzung bereitet immer wieder Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Verjährung, z.B. bei Anschüttungen im Hochwasserabflußbereich.

Klagenfurt, 1988 10 07**Für die Kärntner Landesregierung:****Der Landesamtsdirektor:****Dr. Lobenwein eh.****F.d.R.d.A.***Brändlhuber*